

Main-Kinzig-Kreis * Barbarossastr. 16-24 * 63571 Gelnhausen

A30Hausanschrift: Barbarossastr. 16-24 · 63571 Gelnhausen
Postanschrift: Postfach 1465· 63569 Gelnhausen

Amt/Referat: Gesundheitsamt/Rechtsamt
Ansprechpartner/in: Dr. Wolfgang Lenz – Christine Sachs
Aktenzeichen: A30/D2/22/0079

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

juris.coronetz@mkk.de
(nur für formlose Mitteilungen)

Gebäude/Zimmer:

Ihre Nachricht

Es schreibt Ihnen

Datum

07. April 2022

Allgemeinverfügung

zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Corona-Virus im Main-Kinzig-Kreis

Betretungsverbot für Kindertageseinrichtungen und Kinderhorte

Aufgrund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit den §§ 28 und 28a Abs. 7 Satz 1 und 3 in Verbindung mit den Abs. 3, 5 und 6 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. März 2022 (BGBl. I S. 466), in Verbindung mit § 6 Abs. 2 Verordnung zum Basisschutz der Bevölkerung vor Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus (Coronavirus-Basisschutzmaßnahmenverordnung -CoBaSchuV -) vom 29. März 2022, die am 29 März nach § 22a des Hessischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst im Wege der Eilverkündung unter der URL www.hessen.de/verkuendung amtlich bekanntgemacht worden ist, ergeht folgende Allgemeinverfügung:

1. Kindertageseinrichtungen und Kinderhorte nach § 33 Nr. 1 IfSG, Kindertageseinrichtungen nach § 25 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs sowie erlaubnispflichtige Kindertagespflegestellen nach § 43 Abs. 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch dürfen nicht von Kindern einer Kindergartengruppe betreten werden, in deren gemeinsam betreuten Gruppe ein Kind oder eine Person des in der Gruppe eingesetzten pädagogischen oder nichtpädagogischen Personals positiv auf das Vorliegen einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 getestet wurde und enger Kontakt zu dieser infizierten Person in den vorangegangenen zwei Tagen bestand.
2. Abweichend von Ziffer 1 besteht kein Betretungsverbot für Kinder die gemäß der Testkonzepte der Einrichtungen an regelmäßigen Reihentestungen teilnehmen.
3. Abweichend von Ziffer 1 besteht kein Betretungsverbot für Personen analog § 4 Abs. 2 S. 3 CoBaSchuV.
4. Das Betretungsverbot gilt für den Zeitraum von zehn Tagen nach dem letzten Kontakt mit der infizierten Person.
5. Abweichend von Ziffer 4 endet das Betretungsverbot für die enge Kontaktperson, wenn der Einrichtungsleitung vor Betreuungsbeginn ein Testnachweis von einem Leistungserbringer nach § 6 Abs. 1 Coronavirus-Testverordnung vorgelegt wird, dass keine übertragungsrelevante Infektion mit SARS-CoV-2 vorliegt.
6. Sorgeberechtigte Personen haben der Leitung der unter Ziffer 1 genannten Betreuungseinrichtungen unverzüglich mitzuteilen, wenn für ein in der Einrichtung betreutes Kind ein außerhalb der Einrichtung durchgeführter positiver Test auf das Vorliegen einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 für das Kind vorliegt.
7. Diese Allgemeinverfügung tritt am 07. April 2022 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 29. April 2022 außer Kraft.

Begründung

I. Sachverhalt:

Die Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Kinderhorten nach § 33 Nr. 1 des Infektionsschutzgesetzes, in Kindertageseinrichtungen nach § 25 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs sowie in erlaubnispflichtigen Kindertagespflegestellen nach § 43 Abs. 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch erfolgt im Regelbetrieb. Die Hessische Landesregierung hat

gemäß § 32 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) die Coronavirus-Basischutzmaßnahmenverordnung zur Bekämpfung des Coronavirus erlassen. Nach § 6 Abs. 2 CoBaSchuV sind die örtlichen Behörden befugt auch über diese Verordnung hinausgehende Maßnahmen zu ergreifen.

II. Rechtliche Würdigung

Rechtsgrundlage für die getroffenen Maßnahmen ist § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 i. V. m. § 5 und § 28a Abs. 7 Infektionsschutzgesetz (IfSG) sowie der Erlass zu Absonderungsentscheidungen für Kinder in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration vom 14.02.2022. Danach hat die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden oder sich ergibt, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Zudem kann die zuständige Behörde Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht zu verlassen oder bestimmte Orte nicht zu betreten, bis die notwendigen Schutzmaßnahmen durchgeführt worden sind. Die Zahl der Neuinfektionen im Referenzzeitraum von sieben Tagen im Kreisgebiet beläuft sich seit geraumer Zeit auf über 1000 Neuinfektionen je 100.000 Einwohnern (7-Tages Inzidenz). Die infektionsepidemiologische Gefährdungslage im Main-Kinzig-Kreis zeigt hierbei auch ein hohes Infektionsgeschehen in Kindertageseinrichtungen, Kindertagesstätten und Kinderhorten auch bei betreuten Kindern. Auch wenn nach derzeitigen Erkenntnissen angenommen werden kann, dass kleine Kinder auch durch die Omikron-Variante einen leichten Verlauf zu erwarten haben und stationäre Krankenhausaufenthalte von Kindern nur selten zu beobachten sind, bedürfen sie weiterhin unseres besonderen Schutzes vor dem Virus selbst aber auch im Hinblick auf ihr Recht auf Bildung, Betreuung und Erziehung.

Unter Anwendung des Erlasses zu Absonderungsentscheidungen für Kinder in Tageseinrichtungen und in der Kinder-tagespflege dieses Ministeriums vom 14.02.2022 wird ein Betretungsverbot für diese Einrichtungen geregelt. Das Betretungsverbot gilt für Kinder, die zum Zeitpunkt der Feststellung eines Infektionsgeschehens in der Betreuungseinrichtung in den vorangegangenen zwei Tagen engen Kontakt zu der infizierten Person hatten. Das Betretungsverbot gilt grundsätzlich für einen Zeitraum von zehn Tagen nach dem letzten engen Kontakt zur infizierten Person. Eine vorzeitige Beendigung des Betretungsverbotes ist unter den Voraussetzungen der Ziffer 5 möglich. Der erforderliche Nachweis darüber, dass keine übertragungsrelevante Infektion mit SARS-CoV-2 vorliegt, ist durch eine von einem Leistungserbringer nach § 6 Abs. 1 Coronavirus-Testverordnung durchgeführte Testung zu erbringen und der Einrichtungsleitung vor Betreuungsbeginn vorzulegen.

Bei der Regelung wird dem Rechnung getragen, dass eine Immunisierung durch Impfung jüngerer Kinder nach wie vor grundsätzlich nicht möglich ist. Deshalb ist es erforderlich, gerade in Zeiten von hohen Infektionszahlen ein besonderes Augenmerk auf diese vulnerable Gruppe zu richten. Gleichmaßen ist dem Recht und Rechtsanspruch der Kinder auf frühkindliche Bildung und Erziehung sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor Genüge zu tun.

Die mit dieser Allgemeinverfügung getroffenen Anordnungen dienen insbesondere dem Schutz besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen und dazu den Betreuungsanspruch der Kinder in Betreuungseinrichtungen auch bei dem aktuell hohen Infektionsgeschehen mittelfristig sicherstellen zu können.

Die getroffenen Anordnungen stellen das entscheidend wirksame Mittel zum Schutz der Gesundheit der Allgemeinheit und zur Aufrechterhaltung zentraler Infrastrukturen im Bereich der Kinderbetreuung dar. Sie sind dazu geeignet der weiteren Verbreitung des Coronavirus entgegenzuwirken bzw. zu verlangsamen. Insbesondere sind keine weniger eingriffsintensiven Maßnahmen denkbar, die in vergleichbarer Weise geeignet und effektiv wären, um die weitere dynamische Ausbreitung des Virus zu unterbrechen. Dies gilt insbesondere im Verhältnis zu einer allgemeinen Anordnung einer Absonderungspflicht für alle Kontaktpersonen einer infizierten Person in der Einrichtung. Dies würde eine wesentlich größere Einschränkung darstellen, als das hier geregelte Betretungsverbot.

Unter Berücksichtigung all dessen sind die getroffenen Anordnungen weiterhin geeignet, erforderlich, angemessen und darüber hinaus auch verhältnismäßig, um einer weitere Verbreitung des Virus zu verlangsamen bzw. in der Einrichtung einzudämmen, sowie den Betreuungsanspruch für Kinder und Familien grundsätzlich zu gewährleisten. Die mit dieser Allgemeinverfügung getroffenen Anordnungen nutzen das dem Kreisausschuss des Main-Kinzig-Kreises als zuständige Gesundheitsbehörde zustehende Ermessen daher in rechtmäßiger Weise aus, zumal dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit darüber hinaus auch durch die Befristung bis zum Ablauf des 29.04.2022 zusätzlich Rechnung getragen wird. Der begrenzte Geltungszeitraum ermöglicht es, sehr zeitnah auf Änderungen in der Pandemiesituation reagieren und die erforderlichen Maßnahmen weiter anpassen zu können.

Auf eine Anhörung konnte gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) verzichtet werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Adalbertstraße 18, 60486 Frankfurt am Main schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nach Maßgabe des § 55 a VwGO sowie der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer Rechtsverkehr-Verordnung –ERVV-) in der jeweils gültigen Fassung auch als elektronisches Dokument eingereicht werden. Das elektronische Dokument muss entweder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden (§ 55 a Abs. 3 VwGO). Bei der Übermittlung elektronischer Elemente ist es nicht erforderlich, der Klage und den Schriftsätzen Abschriften für die übrigen Beteiligten beizufügen.

Hinweis:

Gemäß §§ 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 8 des Infektionsschutzgesetzes hat eine Anfechtungsklage gegen diese Anordnung keine aufschiebende Wirkung.

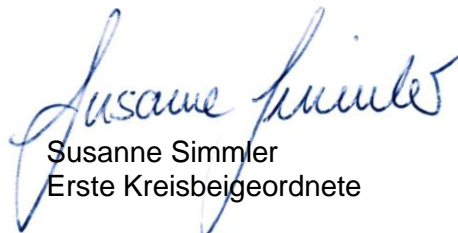
Gelnhausen, den 07. April 2022

Der Kreisausschuss des Main-Kinzig-Kreises


Im Auftrag



Thorsten Stolz
Landrat



Susanne Simmler
Erste Kreisbeigeordnete



Dr. Wolfgang Lenz
Amtsarzt
Leiter des Amtes für Gesundheit
und Gefahrenabwehr